

Kiesraubbau stoppen – Rohstoffabgabe einführen - Umwelt retten

Anrede,

die Politik hat inzwischen anerkannt, dass wir aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes zwei existenzielle Krisen erleben: Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise. Aber wir leben auch in einer Ressourcenkrise: Der Kampf um die endlichen Rohstoffe und auch um das Wasser hat längst begonnen.

Trotzdem tun wir so, als gäbe es kein Morgen.

Deshalb stehen wir heute hier um ganz klar zu signalisieren: Es reicht! Der immer weitergehende Raubbau an unseren natürlichen, nicht erneuerbaren Ressourcen muss endlich gestoppt werden.

Exemplarisch dafür steht der ausufernde Kies- und Sandabbau am Niederrhein, an der Weser und anderswo. Überall verschwinden immer mehr Freiflächen. Und die Befürchtung ist, dass der Flächenfraß weiter zunehmen wird, sollten die aktuellen Pläne z.B. des Regionalverbands Ruhr umgesetzt werden. Fast 1.000 Hektar Abgrabungen sollen danach allein in der Planungsregion des RVR hinzukommen.

Nach Angaben des Landes wurden 2021 in NRW 58,5 Millionen Tonnen Kies, Sand und Ton produziert. Mehr als ein Drittel der Produktion stammt dabei aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Allein im Kreis Wesel hat der Kiesabbau in Summe bereits mehr als 9.100 Hektar beansprucht. Pro Jahr werden dort ca. 6 Mio. m³ Kies abgebaut und mehr als 35 ha landwirtschaftliche Nutzfläche in Baggerseen umgewandelt.

Mehr als 8 Millionen Tonnen Kies und Sand werden jährlich in die Niederlande exportiert, auch weil der hiesige Durchschnittspreis für Kies, Sand und Ton mit etwa 9 Euro pro Tonne nur bei der Hälfte des vergleichbaren Marktpreises in unserem Nachbarland liegt. Das ist eine massive Wettbewerbsverzerrung zulasten von Natur, Landschaft und Gewässerschutz.

Deshalb sagen wir in aller Deutlichkeit: Der hemmungslose Verbrauch unserer heimischen Ressourcen muss ebenso gestoppt werden wie das Umweltdumping. Wir brauchen endlich eine landesweite Rohstoffstrategie anstelle dieses Abrabungs-Wildwest.

Die jetzige Landesregierung hat ein Umsteuern angekündigt. Das ist gut. Und deshalb ist es wichtig, dass sie nicht vor den Protesten der Baustoffindustrie einknickt, sondern klare Kante pro Umwelt zeigt.

Die Rohstoffabgabe muss deshalb kommen – ohne Wenn und Aber. Und die Menschen in den vom Kies- und Sandabbau stark betroffenen Regionen setzen auch auf den versprochenen perspektivischen Ausstieg und klare landesplanerische Leitplanken. Wer jetzt davon schwadroniert, dies definiere nichts weniger als eine Ausstiegsperspektive aus dem Industriestandort NRW, schürt unsachlich Ängste und verbaut Zukunftschancen.

Damit Anreize zum Einsparen der nicht vermehrbaren Rohstoffe gesetzt werden, sollte die Rohstoffabgabe eine Höhe von 30 Prozent auf den jeweiligen Marktpreis betragen. Anders als die Propaganda der Baustoffindustrie glauben machen will, ist eine solche Abgabe durchaus verfassungsgemäß.

Dabei ist unbestritten, dass die Rohstoffgewinnung natürlich eine Berechtigung hat. Da Kies- und Sand allerdings nur in geologischen Zeiträumen erneuerbar sind, muss mit dieser Ressource besonders sparsam umgegangen werden. Alle vorhandenen genehmigten Abbauflächen müssen deshalb vollständig ausgenutzt werden, ehe Neuausweisungen erfolgen. Letztere müssen möglichst restriktiv erfolgen, damit die Rohstoffe auch nachfolgenden Generationen zur Verfügung stehen. Ein objektives Monitoring ist unabdingbar.

Der These, dass Kies und Sand knapp würden, weil kaum noch neue Abbaugelände genehmigt würden, muss dabei deutlich widersprochen werden. Gerade auch vor dem Hintergrund der multiplen Krisen muss unser bisheriges Wirtschaftsmodell, das noch immer allein auf Wachstum fixiert ist, grundlegend hinterfragt werden. Können wir es uns tatsächlich erlauben, unsere Rohstoffe für den Bau von neuen klimaschädlichen Autobahnen zu verschwenden? Haben wir wirklich einen Wohnungsmangel oder doch eher eine falsche Verteilung von Wohnraum? Ist wirklich jedes neue Gewerbegebiet auf der grünen Wiese ein Beitrag für nachhaltiges Wirtschaften?

Billige Rohstoffe verhindern zukunftsfähige Lösungen beim Wohnungsbau und der Neuausrichtung der Verkehrsinfrastruktur. Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen die nicht erneuerbaren Ressourcen schonend genutzt werden.

Solange die Nutzung nicht-erneuerbarer Rohstoffe nicht verknappt wird, fehlen entsprechende Anreize, nach Alternativen zu suchen. Gerade im Bereich des Baustoffrecyclings und des zirkulären Wirtschaftens schlummern noch große Potenziale.

Von den anfallenden mineralischen Bauabfällen werden nach Zahlen des Umweltbundesamtes zum Beispiel nur etwa 10 Prozent der Boden- und Steinmengen in Gesamthöhe von 129 Millionen Tonnen als Recycling-Baustoff wiederverwertet. Dabei könnten diese nach entsprechender Aufbereitung wieder gut in den Wirtschaftskreislauf integriert werden. Trotz entsprechender landesgesetzlicher Vorgaben werden solche Recyclingbaustoffe bei öffentlichen Bauvorhaben noch immer nicht bevorzugt.

Letztendlich brauchen wir aber eine Rohstoffstrategie für Nordrhein-Westfalen. Diese muss einen schonenden Umgang mit Primärrohstoffen, die Beachtung der ökologischen Grenzen und den massiven Ausbau der Kreislaufwirtschaft beinhalten.

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW e.V., T. 0211 / 30 200 522, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de